

Generals, Czjellenz v. Kirchbach gegeben wurde. Anwesend war das gesamte Offizierskorps. Der Stadtkommandant, Generalleutnant Czj. Krug v. Nibda, hielt die Festrede. — Nachfolger im Kommando des 19. Armeekorps ist der Kommandeur der 4. Division Nr. 40 in Chemnitz, Se. Czjellenz General der Kavallerie von Laffert.

Freiberg, 25. November. Der Arbeiter Robert Bernhardt aus Wilsdorf bei Dippoldiswalde wurde heute vom Schwurgericht wegen Brandstiftung zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Bernhardt hatte 25 Pfennig seinem Dienstherrn, dem Gutsherrn Oswald Raben in Lungwitz, zu wenig abgeliefert und war deshalb mit dem über 70 Jahre alten Mann derart in Streit geraten, daß es zu Tötlichkeiten gekommen war. Aus Rache darüber setzte er Wohnhaus und Scheune in Brand und Raben, der nicht versichert hatte, ist dadurch beinahe in den Bettelstand herabgebracht worden.

— Zschopau, 26. November. Im sächsischen Lehrseminar zu Zschopau erkrankten nach dem Genuß des Mittagessens 90 Seminaristen unter Vergiftungserscheinungen. Neun Erkrankte mußten ins Krankenhaus gebracht werden, die übrigen erholten sich bald wieder. Da die krankhaften Symptome bald nach dem Mittagessen auftraten, sind die Speisereste zur chemischen Untersuchung eingefandt worden, deren Ergebnis noch nicht bekannt ist. Infolge der Massenerkrankungen war das unbegründete Gerücht aufgetreten, die Seminaristen seien an Cholera erkrankt.

— Aue, 25. Nov. In den letzten 8 Tagen sind hier wiederholt falsche Zweimarkstücke mit dem Münzzeichen A und dem Bild Kaiser Wilhelms II. angehalten worden. Sie sind ziemlich gut geprägt, greifen sich fettig an und haben einen matten Klang.

Ämliche Mitteilungen aus der 37. Sitzung des Stadtrates zu Eibenstock vom 28. Oktober 1913.

Anwesend: 5 Ratsmitglieder. Vorsitzender: Herr Bürgermeister Hesse, Ritter pp.

— Ohne Gewähr für daraus abgeleitete Rechte. —

- 1) Ein elektrischer Hausanschluß wird genehmigt.
- 2) Zur geplanten Errichtung eines Holzschuppens zwischen Bachstraße und innerer Auerbaderstraße muß die Genehmigung aus grundsätzlichen Erwägungen versagt werden.
- 3) Das Ankleben der Ankündigungen an städtischen Anschlagstellen wird bis auf weiteres an den Lohnboten Herrn Hugo Tröger hier vergeben.
- 4) Falls die Wasserbüchse in der Bahnhofstraße von dem Straßenunterhaltungspflichtigen gereinigt werden müssen, soll die Reinigung durch städtische Arbeiter erledigt werden.
- 5) Für die Handels- und Gewerbesteuerverordnungen werden die Wahlleiter und deren Stellvertreter bestimmt.
- 6) Die Ehefrauen der Schulhausleute werden zur Invalidenversicherung angemeldet. Die Versicherungsbeiträge will man ganz auf die Stadtkasse übernehmen.
- 7) Als Tag der Stadterordnetenewahl wird der 8. Dezember dieses Jahres bestimmt.
- 8) Es wird Kenntnis genommen:
 - a. von einer Einladung des sächsischen Fischereivereins zu seiner Fischereiausstellung.
 - b. von der Genehmigung der Gemeindesteuerverordnung für die Dauer des Jahres 1914.
 - c. von Gewährung staatlicher Beihilfen für Handels- und Gewerbeschule.

Beschlüsse wurden ferner gefaßt in 3 Bau-, 4 Steuer-, 1 Straf- und 3 verschiedenen Angelegenheiten.

Sächsischer Landtag.

Dresden, 26. Novbr. Die Erste Kammer, die heute vormittag 11 Uhr zu ihrer 2. öffentlichen Sitzung zusammentrat, beschäftigte sich zunächst mit der Wahl von drei Mitgliedern und drei Stellvertretern in den Landtagsausschuß zur Verwaltung der Staatsschulden. Auf Antrag des Herrn Geh. Kommerzienrats Waentig-Zittau wurden durch Zuruf die bisherigen Mitglieder wiedergewählt. Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf den Bericht der vierten Deputation, die Zusammenstellung der während des ordentlichen Landtages 1911/12 von den Kammeren gefaßten Beschlüsse und gestellten Anträge und der darauf erfolgten Erledigungen und Entschlüsse betreffend. Wirkl. Geh. Rat Kammerherr v. Schönberg erstattet hierzu den Bericht. Eine Debatte fand nicht statt. Damit war die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung morgen vormittag 11 Uhr. Auf der Tagesordnung steht u. a. der mündliche Bericht der zweiten Deputation über das Königl. Dekret Nr. 11, die vorläufige Erhebung der Steuern und Abgaben im Jahre 1914 betr.

Dresden, 26. November. Zweite Kammer. Am Regierungstische sämtliche Minister und zahlreiche Kommissare. Präsident Dr. Vogel eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 10 Minuten. Haus und Tribünen sind gut besucht. Auf der Tagesordnung steht die allgemeine Vorberatung über den Rechenschaftsbericht für 1910/11, den Staatshaushaltsetat für 1914/15, der Gesetzentwurf betreffend die Bewilligung fortlaufender Staatsbeihilfen an die Schulgemeinden und der Antrag Castan betreffend die Befreiung der Einkommen bis zu 800 Mark von der Einkommensteuer ohne Beeinträchtigung der politischen Rechte. Sämtliche vier Punkte werden gleichzeitig zur Debatte gestellt. Nach dem Vortrage der Registrande ergreift das Wort zunächst Staatsminister von Seydewitz zu seinem Finanzexposee. Der Minister bespricht zunächst den Rechenschaftsbericht für 1910/11, dieser habe durchweg im Zeichen einer Hochkonjunktur gestanden. An dem Ueberschuß seien diesmal ganz überwiegend die Staatsbahnüberschüsse beteiligt gewesen. Auf diese Hochkonjunkturüberschüsse dauernd Ausgaben zu begründen, sei allerdings ganz unangebracht. Der Etat für 1912/13 weise sehr erhebliche Einstellungen im außerordentlichen Etat auf, darunter 27 Millionen Mark für Kohlenfelderkäufe. Ungeachtet der hohen Ueberschüsse aus der Periode 1910/11 sei die Regierung genötigt gewesen, neue Staatsschulden aufzunehmen, und zwar aus der der Regierung bereits früher bewilligten Anleihe von 100 Millionen. Es seien zur Zeit rund 26 Millionen in Anspruch genommen worden. Die Regierung werde trotzdem an dem Grundsatz festhalten, einer Vermehrung der Staatsschulden mit allen Mitteln entgegenzuwirken. Sehr unerfreulich sei, daß der außerordentliche Etat für 1913/14 wiederum eine ganz außerordentliche Höhe, nämlich 73 Millionen,

erreicht habe. Zur Tilgung der Staatsschulden sei eine weitere erhebliche Anleihe aufgenommen worden. Es machten sich leider Anzeichen einer bevorstehenden rückgängigen Konjunktur bemerkbar. Trotz der wenig günstigen Ausichten habe er geglaubt, den hohen außerordentlichen Etat zur Annahme empfehlen zu sollen, umso mehr, als durch die Schaffung von Arbeitsgelegenheit Industrie und Arbeiterschaft Beschäftigung fänden. Der Minister kommt dann im weiteren Verlaufe auch auf die Reichsteuergesetzgebung zu sprechen. Als er den vorigen Etat dem Hause vorlegte, habe er betont, daß das finanzielle Verhältnis der Bundesstaaten zum Reiche wenig erfreulich sei. Deute sei dies Verhältnis leider noch ungünstiger geworden. Man habe dem Reiche zur Erfüllung seiner Aufgaben zwei direkte Reichsteuern bewilligt, nämlich den Wehrbeitrag und die Reichsvermögenszuwachssteuer. Der Wehrbeitrag lasse sich noch allenfalls rechtfertigen, da es nicht angängig sei, das Reich mit einer so hohen Anleihe zu belasten. Die Reichsvermögenszuwachssteuer dagegen bedeutete einen direkten Eingriff in die Finanzhoheit der Einzelstaaten. Die sächsische Regierung habe im Bundesrate gegen diese Steuer gestimmt und werde auch weiterhin gegen jede direkte Reichsteuer ihren Einfluß geltend machen. Die Regierung rechne bei dieser ihrer Haltung auf die Zustimmung der Ständekammer. (Lebhafter Beifall.) Der Minister bemerkt zum Schluß, daß der vorliegende Etat kein ungetrübtes Bild aufrolle. Es sei unbedingt die größte Sparsamkeit in allen Zweigen der Staatsverwaltung geboten. Halte man aber an den zwei mächtigen Grundpfeilern der Staatswohlfahrt, Arbeit und Sparsamkeit fest, so dürfte es gelingen, den Etat in Zukunft wieder günstiger zu gestalten. (Lebhafter Beifall.)

Als erster Debatteredner ergreift Abgeordneter Gähnel (kons.) das Wort. Er beantragt die Ueberweisung des Rechenschaftsberichts an die Rechenschaftsdeputation, des ordentlichen Etats mit Ausnahme einiger Kapitel, sowie des Finanzgesetzentwurfes an die Finanzdeputation A, des außerordentlichen Etats und der Eisenbahnkapitel des ordentlichen Etats an die Finanzdeputation B und des Gesetzentwurfes über die Bewilligung fortlaufender Staatsbeihilfen an Schulgemeinden an die Finanzdeputation A. Abgeordneter Hettner (natl.) wirft zunächst einen Rückblick auf die allgemein politische und wirtschaftliche Lage des Landes, und geht dann auf die einzelnen Etatkapitel näher ein. Die finanzielle Lage des Staates sei nicht schlecht. Das Rückgrat des Staatswesens liege aber nicht in den Eisenbahnen, sondern in den Steuererträgen. Aus diesem ersehe man eine gesunde Aufwärtsbewegung. Die Einkommen unter 600 Mark sollten ohne Schwämmerung der politischen Rechte steuerfrei belassen werden. Der Redner fordert schließlich den Erlass eines neuen Volksschulgesetzes. Abgeordneter Fleißner (soz.) meint, daß die Regierung aus der Schuldenwirtschaft der früheren Jahre jezt in das andere Extrem unangebrachter Pflanzerei verfallen sei, worunter die Erfüllung der Kulturaufgaben leide. Hierauf begründet der Redner den Antrag Castan. Es müsse jedoch jede Beschränkung der politischen Rechte ausgeschlossen bleiben. Der Antrag Fleißner auf Ueberweisung des Antrages Castan an die Finanzdeputation A finde genügende Unterstützung. Abg. Gütther (fortschrittl. Volksp.): Die Zahlen des Finanzministers geben kein genügend klares Bild. Die Vermehrung von fünfzig Richterstellen genüge nicht. Die Finanzlage gefaßte sehr gut eine solche um hundert Stellen. Seine Partei unterstütze durchaus die Forderung der Nationalliberalen nach einer gründlichen Volksschulreform. Was die Frage direkter Reichsteuern betreffe, so sei der Grundsatz, daß die direkten Steuern den Einzelstaaten gehörten, nirgends in der Reichsverfassung zu finden. Es handle sich lediglich um ein Gewohnheitsrecht, das die Grundsätze des Reiches nicht berühre.

Staatsminister von Seydewitz: Auf die vielfach geäußerten Anregungen heute einzugehen, sei unmöglich. Lediglich der Behauptung, daß die Regierung für die Finanzlage des Reiches kein Verständnis habe, müsse er widersprechen. Ebenso dem Vorwurf, daß in Sachsen das Prinzip bestehe, die Einnahmen zu niedrig und die Ausgaben zu hoch einzustellen. Weiterberatung Donnerstag vormittag 10 Uhr. Schluß 6 1/4 Uhr.

Deutscher Reichstag.

175. Sitzung, Mittwoch, den 26. November. Am Bundesratsstische: Dr. Visco, von Leipzig, von Falkenhayn. Bereits heute am zweiten Beratungstage bot der Reichstag ein recht buntes Bild. Das Haus wies wiederum eine leidliche Besetzung auf, und der gestern leere Bundesratsstisch wies heute eine recht starke Besetzung auf. Die Interpellationen wurden allerdings, wie vorausgesehen war, abgeseht, weil die Regierung noch nicht in der Lage ist, sie zu beantworten, infolgedessen kam alsbald die erste Besung des Spionagegesetzes heran, der die Anwesenheit der Regierungsvertreter galt. Nicht weniger als drei Herren vom Ministerstische glaubten den Entwurf begründen zu müssen. Eine kurze juristische Einleitung brachte Staatssekretär Visco, der auf die Notwendigkeit einer Reform hinwies. In dieselbe Reihe hieben andere Herren, und zwar die Sprecher der Heeres- und der Marine-Verwaltung. Herr von Falkenhayn, der neue Herr im Kriegsministerium, benutzte die Gelegenheit, sich der Volksvertretung vorzustellen und man muß sagen, das er, obwohl es sich um sein Debut handelte, sich in der parlamentarischen Arena recht geschickt zu bewegen verstand. Als Hauptgegenstand seiner speziellen Erörterung hatte er sich neben dem Hinweis auf die militärische Seite der Angelegenheit, die heikelmäßigste Frage der Pressekritik in Heeresfragen vorgenommen, die bekanntlich

durch das neue Gesetz eine gewisse Einschränkung erfahren soll, weil man daraus eine Gefahr für die Landesverteidigung befürchtet. Seitens der Heeresverwaltung will man auf seinen Schein bestehen, aber der Kriegsminister ließ doch durchblicken, daß man in der Kommission bis zu einem Grade Entgegenkommen zeigen will und eine Einigung herbeizuführen hofft. Der Minister vergaß dabei nicht, zu betonen, daß er selbst den Wert der Presse ungemein hoch einschätze, und mehrfach hierfür schon Beweise erbracht habe. Ihm sekundierte noch vom Standpunkt der Marine aus Herr von Tirpitz, der es nicht erst nötig hatte, sich dem Hause vorzustellen, sondern er seit 15 Jahren seines Amtes waltet. Als er beginnen wollte, hatte gleichzeitig unter schallender Heiterkeit des Hauses der Präsident Herr Stadthagen das Wort erteilt. Dieser stand naturgemäß zurück, um nachher um so schärfer einzusehen, und für das Spionagegesetz die Heeresrüstung und Heeresverwaltung verantwortlich zu machen. Es sei lächerlich, wenn man Spionage bestrafen wolle, während man selbst solche anderweit betreibt. Das Gesetz namentlich in seinem Passus gegen die Presse sei gemeingefährlich und der Entwurf verdiene ein Begräbnis erster Klasse. Auch Herr Gröber äußerte schwere Bedenken gleichfalls hinsichtlich des Passus über die Presse und meint, daß die augenblicklichen Bestimmungen im großen und ganzen genügen. Für den Entwurf trat der Nationalliberal von Callier ein, der allerdings auch Verbesserungen des Entwurfs für ungemein notwendig erachtet. Auch weiterhin sandten die Parteien in der Hauptsache Juristen vor; die Rechtsparteien Herr Holtzschke, der für den Entwurf im großen und ganzen eintrat, während der bekante fortschrittliche Rechtslehrer von Licht lebhafte Bedenken vorbrachte. Es folgte noch heute die zweite Garnitur der Redner, eröffnet durch Genossen Köhen-Krauß. Nach einer Erwiderung des Kriegsministers ging die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Morgen kleine Vorlagen.

Aus der Zeit der Befreiungskriege.

28. November 1813. Perth erzählt in seinen Erinnerungen von Stein folgendes: Das Wesen, welches Stein in dieser Wendezeit der deutschen und europäischen Geschichte genos, das Vertrauen, welches er als der treibende Geist des Bundes, als Deutschlands Mitterretter seinem Volke einflößte, spiegelt sich in der Tatsache, daß Offiziere der verbündeten Heere den bekannten Professor der Geschichte und des Staatsrechts, Nicolaus Vogt in Frankfurt, aussuchten, und ihm die Frage stellten: ob Stein nach den Reichsgesetzen zum Deutschen Kaiser gewählt werden könne? eine Frage, die Vogt, Metternichs ehemaliger Lehrer, unbedenklich bejahte.

Zwei Helden.

Preisgedrucker Roman aus der Zeit vor hundert Jahren von M. Trommsdorff.

(41. Fortsetzung.)

Siebzehntes Kapitel.

Zwei Frauen.

„Komm, Hilda, laß uns gehen.“
„Ich kann nicht.“
„Du kannst nicht? Bist du jezt verzagen, Mädchen, wo wir alle Kraft aufs äußerste anspannen müssen, um Rettung zu erfinden?“
„Ist denn noch Hoffnung?“ fragte Hilda matt.
„Hoffnung ist, solange Leben ist. Noch sind sie nicht verurteilt.“
Hilda sprang auf und hielt beide Hände an die Schläfen.
„Gibt es etwas zu tun, Ermentrud, so bin ich bereit. Nur denken — denken kann ich nicht; denn entsehrlich blutige Wüder drängen sich vor in meinem Geiste. Was rätst du, Ermentrud? Was sollen wir tun?“
„Wir müssen nach Küstrin. Wir eilen dem Gefangenenzuge voraus, nehmen dort Wohnung und erdenken einen Plan zur Befreiung.“
Hildas Augen befehten sich. Ihre Wangen bräunten plötzlich.
„Ist das wahr? Ist das möglich, Ermentrud?“
„Ich spreche von einem Plan. Ob die Ausführung möglich ist, müssen wir abwarten.“
Am 21. Februar sollten die Gefangenen weitergeführt werden. Nachdem die Schwestern dies mit Sicherheit erfahren hatten, machten sie sich auf den Weg nach Küstrin. Der ungeheure Troß, der die französischen Truppen immer begleitete, war schon unterwegs und bewegte sich auf der Landstraße nach Küstrin. General d'Agoult mit seiner Brigade und den Gefangenen wollte später folgen.
Die Mädchen mußten, um sich nicht zu verirren und dadurch ihre Ankunft in Küstrin zu verspäten, ebenfalls den Weg über die öffentliche Landstraße nehmen. Ermentrud war ruhig und gefaßt. Sie, die früher gern sich an die Schwester gelehnt hatte, übernahm jezt die Führung. Sie hielt es für geraten, sich in keiner Weise zu verbergen, sondern ruhig und offen ihre Straße zu ziehen wie Leute, die dahin gehören. In der Tracht der Landleute konnten sie zunächst keinen Verdacht erregen. So glückte es ihnen sogar, die größte Strecke mit dem Wagen zurückzulegen.
Sie wurden nämlich, als ein Marktentersucher langsam an ihnen vorüberfuhr, bemerkt und angerufen, ob sie Lust hätten, aufzusitzen.
Ermentrud überlegte nicht lange. Sie nahm für sich und ihre „Base“ das freundliche Anerbieten mit Dank an und machte sich durch ihre lebenswürdige Zuverlässigkeit sogleich beliebt bei der jungen Wamme. Vor Küstrin dankte sie mit höflichen Worten für die Gastfreundschaft und verließ mit Hilda den

Wagen.
erreicht.
Die
fällt.
ritten
Das Ge
aus dem
geilt u
Mit st
Ber
nahme
wesen.
vollführ
jeden
Laten
eigniss
rum wi
ein Do
Küstrin
Es schw
Gen
fort du
wollte
dort lie
Frage:
„I
stücker
sollen r
Er
tier hat
Da
in dem
mit gu
Wohnu
„G
bei Jhr
Di
wegden
„B
schloffen
recht ge
sichen
„H
mentru
Di
„G
Siebel
Er
war di
„H
haltkau
bemerk
„E
fähiger
öfnete
runden
„E
tezahl
Jh tu
nicht u
wie ich
die W
samme
„G
da au
im Un
Ausseh
„G
trud b
„A
meister
„Unte
geklagt
Über e
sein fo
reisen
ja kau
Geib.
„H
Blaude
und se
kannte
Hirich
„G
um Fr
„A
ist das
gericht
den n
die tal
Die W
wenn
„A
Straß
an, n
haufe
Küstrin
hinter
haus.
„E
Stadt
„rühmt